[redacted]

Entwicklungshilfe
für Deutschland

2. Juni 2025

An das
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Ministerin Stefanie Hubig
Mohrenstraße 37
10117 Berlin
Fax +49 (30) 18580-9525

Hubig,

Nach reiflicher Überlegung habe ich die Entscheidung getroffen, daß der Verbleib von Friedrich Merz in seinem Amt mit den fundamentalen Grundsätzen eines Rechtsstaats unvereinbar ist. Er hat es auch mit Kriminalität erlangt, die sich gegen die körperliche Unversehrtheit der Bürger richtete.

Dass eine Person von diesem Charakter Kanzler ist, kann nicht dem Wählerwillen entsprechen.

Das Angebot zu einer einvernehmlichen Lösung der Angelegenheit der MDK-Morde nehme ich dementsprechend zurück. Es wird kein weiteres geben.

Bei dem sonstigen bleibt es. Der GBA ist wegen seiner Löschung von Eingaben zu Sachverhalten bei den MDK-Morden in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Auch die Abwahl von BfDI Specht-Riemenschneider wegen ihrer Rolle bei der Vereitelung von Aufklärung zum Täterkomplex TK-SG-MDK ist zu veranlassen.

Geschieht dies nicht, stellt ihr ersichtlich den politischen Selbsterhalt über das Leben.

Mit freundlichen Grüßen,

[redacted]